

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16
52070 Aachen

An

Tel.: 0241 5198 3305
FAX: 0241 5198 80011

Pressestellen

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 188

Aachen, den 11. November 2016

Pressemitteilung

LINKE: Rechtswidrige Sanktionsdrohungen gegen Jobsuchende stoppen!

Die Linksfraktion in der Städteregion Aachen kritisiert, dass arbeitssuchenden Arbeitslosengeld II-Beziehern rechtswidrig Sanktionen angedroht wurden. Dies geschah im Zusammenhang mit dem sog. Job Speed-Dating 2016. „Uns liegen Einladungsschreiben an Arbeitslose vor, in denen sie zur Teilnahme an einer Informationsveranstaltung aufgefordert werden. Für den Fall ihres Nichterscheinens ohne ›wichtigen Grund‹ werden ihnen Sanktionen angedroht“, beschreibt der linke Fraktionsvorsitzende Uwe F. Lühr den Sachverhalt.

Konkret wurde eine Kürzung des Arbeitslosengeld II-Regelsatzes um 10 Prozent angedroht, falls die Angeschriebenen nicht erscheinen. Für ALG II-Beziehende, die mit dem geltenden Regelsatz ohnehin nur mit Mühe und Not durch den Monat kommen, bedeuten weitere 10 Prozent Einkommensverlust ein Abrutschen in eine Notlage. „Die Praxis der Sanktionen, die durch die Hartz IV-Gesetzgebung ermöglicht wurden, ist ohnehin schlimm und gehört eigentlich sofort abgeschafft“, so Harald Siepmann, der DIE LINKE im Beirat des Jobcenters vertritt. „Dass jetzt sogar jenseits der rechtlichen Grundlage gedroht wird, darf es überhaupt nicht geben“.

Dass es das Jobcenter mit der Rechtstreue nicht so genau nimmt, bestätigt auch der Sprecher der Sozialberatung der LINKEN, Robert Schwedt: „Wenn sich das Jobcenter an geltendes Recht hielte, hätten wir nur halb so viel verzweifelte Menschen, die wir beraten müssen“. In einem Urteil vom April 2015 hat das Bundessozialgericht abschließend die Aufforderungsgründe benannt, die bei Nichtbeachtung Sanktionen auslösen dürfen. Was darüber hinausginge, sei Willkür gegen Arbeitslose. Die Einladung zu einer Informationsveranstaltung falle nämlich nicht unter die zulässigen Gründe. „Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass alle vom Gesetz vor Willkür geschützt sind“, so Helga Ebel, linkes Städteregionstagsmitglied im Sozialausschuss. „Es darf nicht sein, dass manche weniger gleich sind als andere. Der Rechtsstaat gilt auch für Erwerbslose!“.

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen

Vorsitzender: Uwe F. Lühr

stellv. Vorsitzende: Marika Jungblut

Geschäftsführung/ Finanzen: Harald Siepmann

Fraktionsmitarbeiter: Alban Werner

Fraktionsassistent: Albert Borchardt